

Südbender Volksbote

Organ für die Interessen der wertfähigen Bevölkerung

Der „Südbender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger monatlich 4.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die Nebenspaltenen Zeilen oder deren Raum 180 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 150 Pfg., Reklamen 600 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 10 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 52.

Donnerstag, den 3. März 1921.

28. Jahrgang.

Grenzen der Koalition.

Sozialdemokratie und Volkspartei.
Von Dr. Werner Peiser.

Die Sozialdemokratie ist eine antikapitalistische republikanische Partei, die mittelst der demokratisch-parlamentarischen Staatsform die Umgestaltung des gegenwärtigen Klassenstaates in die klassenlose sozialistische Gesellschaft anstrebt.

Die Deutsche Volkspartei ist eine kapitalistische, monarchistische Partei, die im Gegensatz zur demokratisch-parlamentarischen Staatsform steht und die Beherrschung bzw. Höherentwicklung des kapitalistischen Staates zum Ziele hat.

Hieraus ergibt sich die Stellung beider Parteien zu einander; diese Definitionen lassen Aufschlüsse über die Beziehungen beider Parteien zueinander zu.

Die erregten Debatten über die Regierungsbildung in Preußen haben nachgelassen. Die Presse berichtet weniger und in ruhigerem Tone als in den unmittelbar auf den 20. Februar folgenden Tagen über den Stand der Dinge und man hat es aufgegeben, recht zwecklose Kombinationen weiter zu spinnen. Im Mittelpunkt der Debatte stand und steht die Frage, ob die Deutsche Volkspartei in die künftige Koalition in Preußen mit hineinbezogen werden soll. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur Deutschen Volkspartei ist klar umrissen. Sie erblickt in dieser Partei eine extrem arbeitserfeindliche Gruppe, die sich mit keiner der revolutionären Errungenschaften abzufinden vermag, die auf Abschaffung des Absolutismus und der Monarchie hinwirken, der Demokratisierung der Verwaltung feindlich gegenübersteht, die Reichswehr in politisch-reaktionärem Sinne insizieren möchte — und was das Entscheidende ist — die alle ihre Kräfte daran setzt, eine Sozialisierung, gleichviel auf welchem Zweige des Wirtschaftslebens, zu hintertreiben.

Wenn man an die Koalition mit den Demokraten und dem Zentrum zurückdenkt, so ergeben sich zwar auch hier grundlegende Unterschiede. Beide Parteien sind, um das hervorzuhebenste Merkmal hervorzuheben, kapitalistisch. Sie bekämpfen die materialistische Geschichtsauffassung ebenso wie sie ein Gegner der sozialistischen „Zukunftsgesellschaft“ sind. Ist bei den Demokraten der Wirtschaftsgenossenschaft der Sozialdemokratie überwiegend, so beim Zentrum das Element der Kirche. Die Sozialdemokratie betont seit jeher, daß ihr nichts ferner liege als irgendwelche Religionsfeindlichkeit und die „Religion als Privatangelegenheit“ bildet eines der Fundamente der sozialistischen Theorie. Wenn die Sozialdemokratie trotzdem mit dem Zentrum in Konflikte über religiöse Fragen geriet, so deshalb, weil das Zentrum nicht Fragen der Religion, sondern Fragen der Kirche in den Vordergrund stellt, die Schulen in streng-kirchlichem Geiste geleitet wissen will und es noch immer nicht vermochte, das Ideal des mittelalterlichen Kirchenstaates völlig aufzugeben.

Dennoch gibt es zwischen der Sozialdemokratie und diesen beiden Parteien starke Bindungen. Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit eines demokratisch-parlamentarischen Systems ist ihnen gemeinsam; während man die Demokraten als ehrliche Republikaner ansprechen darf, ist für das Zentrum die republikanische Staatsform immerhin nicht Herzenssache, jedoch ist der stark aristokratische Zentrumsflügel mehr zurückgetreten, so daß die demokratisch-parlamentarische Politik der Zentrumsmehrheit die ausschlaggebende Politik für das Zentrum machen konnte. Insbesondere fanden sich die drei Parteien auf dem Boden der Verfassung zusammen, die zwar in Preußen auch von der Deutschen Volkspartei angenommen, im Reich aber von ihr abgelehnt wurde.

Man kann die Ansicht vertreten, daß es gleichgültig sei, wie weit eine Koalition ausgedehnt werden soll, wenn man überhaupt einmal an den Gedanken der Koalition Konzeptionen gemacht habe. Diese Auffassung ist falsch. Die Koalition findet da ihre Grenzen, wo zwischen den koalierenden Parteien keinerlei gemeinsame Bindungen mehr vorhanden sind. In dieser Situation aber stehen sich die Sozialdemokratie und die Deutsche Volkspartei gegenüber.

Es soll hier nicht daran erinnert werden, mit welcher verächtlichen Wut die Deutsche Volkspartei ihre Kämpfe gegen die Sozialdemokratie ausführt. Höher als diese mehr Stimmungsgemäß zu bewertenden Gesichtspunkte, die zudem der Vergangenheit angehören, sind Ueberlegungen einzuschärfen, wie sich die Deutsche Volkspartei die künftige gemeinsame Regierung mit der Sozialdemokratie denkt. Hierüber geben recht offenkundige Ausführungen des aus der Kaputtzeit rühmlichst bekannten deutsch-volksparteilichen Abgeordneten Dr. Mareß, die dieser kürzlich in der deutsch-volksparteilichen „Täglichen Rundschau“ machte. In diesem Aufsatz hieß es:

„Sollte die Regierungstrage in Preußen an dem Widerstand von Zentrum und Demokraten scheitern, so würde die Regierung ohne die Deutsche Volkspartei gebildet werden müssen, es sei denn, daß sich die Partei bereit fände, gegen die Bildung weitgehender Sicherungen die Beschaffung einer Teil-

nahme an einer Regierung mit Sozialdemokraten und ohne Deutschnationalen auf sich zu nehmen. Eine dieser unerlässlichen Sicherungen wäre, daß, abgesehen von der Ministerpräsidentenschaft, die Ministerien des Kultus, der Landwirtschaft und des Innern von den Sozialdemokraten freigegeben und durch ausreichend vorgebildete Fachmänner besetzt würden.“

Ganz abgesehen davon, was eigentlich der Sozialdemokratie im Falle ihres Verbleibens in der Koalition an Vorteilen gnädigst überlassen bleiben sollte, zeigt sich deutlich, wohin der Weg geht. Innen-, Kultus- und Landwirtschaftsministerium sind die drei Ministerien, von denen aus allein eine Niederhaltung der arbeitserfeindlichen Reaktion möglich, von denen aus allein die Umgestaltung einer demokratisierten Verwaltung im Sinne der Arbeiter- und Urarbeitserschaft gewährleistet ist. In diesem Zusammenhang darf kurz auf den Widerspruch hingewiesen werden, der sich zwischen den Ausführungen des Stinnes-Blattes, der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ und diesen Ausführungen Mareß ergibt: Jene Zeitung suchte der Sozialdemokratie den Eintritt in ein Koalitionskabinett mit Volkspartei durch den Hinweis schmackhaft zu machen, daß dann erst die Früchte zum Reifen kämen, die die Sozialdemokratie zurzeit ihrer eigenen Regierungstätigkeit selbst geerntet habe, während Herr Mareß sich ein wenig offenerherziger äußert. Der Ehrlichere behält auch in diesem Falle recht. Der Eintritt der Sozialdemokratie in eine gemeinsame Regierung mit der Deutschen Volkspartei würde meines Erachtens das Ende der Sozialdemokratie als einer proletarischen Massenpartei bedeuten.

Der Wahlsieg, der am 20. Februar errungen wurde, wäre hinfällig, die aufopfernde Arbeit der Parteigenossen im Lande wäre zwecklos geleistet worden. Den einzigen Gewinn hieraus aber würde die triumphierende unabhängige Partei davontragen.

Ueber die Herstellung der berühmten Homogenität zwischen Reichsregierung und Preußenregierung ist in den letzten Tagen so viel geschrieben worden, daß sich ein nochmaliges Eingehen auf diese Frage erübrigt. Die Frage auf dieses Gleis schieben heißt sie auf ein verkehrtes Gleis schieben. Will man unter allen Umständen die Homogenität herstellen, so tue man dies nicht, indem man der Sozialdemokratie das doppelte Opfer des Eintrittes in die deutsch-volksparteilich beeinflusste Reichsregierung sowie der gemeinsamen Preußenregierung mit der Deutschen Volkspartei zumutet, sondern man löse — nach Scheidemann'schem Vorschlag — das Reichsparlament auf und befrage die Wähler.

Zusammenfassend sei nochmals gesagt: Jede Koalition findet da ihre Grenze, wo die Parteien aufhören, gemeinsame Bindungen zu haben. Zwischen Sozialdemokratie und Deutscher Volkspartei bestehen Gegensätze, die sich nicht auf Grund verschiedener Anschauung über Tagesfragen gebildet haben, sondern die aus der verschiedenen Klassenzugehörigkeit der Angehörigen beider Parteien zu erklären sind. Die Sozialdemokratie beschränkte sich darauf, die gegenwärtige, durchaus tragfähige Koalition beizubehalten und damit zu verhindern, daß die Arbeiterfeinde einen noch größeren Einfluß im Lande erhalten als es ohnehin der Fall ist.

Deutschlands Schicksalsstunde naht.

Im gegenwärtigen Augenblick scheinen die Verhandlungen in London vor dem Abbruch, scheint Deutschland vor einem Ultimatum der Alliierten und dem erneuten Einmarsch feindlicher Streitkräfte zu stehen. Damit ist eine äußerst ernste Lage geschaffen. Gewiß nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt; aber unmittelbar hätte zunächst das deutsche Volk fürchtbar zu leiden.

Die deutsche Delegation ist nach London gegangen mit dem festen Entschluß, das Pariser Diktat abzulehnen. Aber sie wollte damit nicht Sozialpfeifen blasen und es nun nach deutschnationalem Rezept „einmal daranzu ankommen lassen“, sondern sie wollte an die Stelle des Unmöglichen das Mögliche, an die Stelle der Zwangungen freiwillige Höchstleistung an die Sieger im Weltkrieg setzen. In diesem Sinne wurden die deutschen Gegenvorschläge beraten, und sie sollten das Äußerste umfassen, was für Deutschland an Entgegenkommen überhaupt möglich war.

Diese Gegenvorschläge haben nun in Paris und London Stürme der Entrüstung ausgelöst. Während die deutsche Presse der Ansicht Ausdruck gibt, daß tatsächlich nicht viel weniger geboten wird, als in Paris gefordert wurde, überbietet sich in England und Frankreich die ganze öffentliche Meinung in Ausdrücken der Empörung über die deutsche Böswilligkeit und die Verhöhnung der Alliierten, welche in den deutschen Gegenvorschlägen steckt. Kein Streit mehr, daß nun mit Gewalt vorgegangen werden müsse; höchstens über die Zweckmäßigkeit einzelner Gewaltmaßnahmen und über den Zeitpunkt des Eingreifens einige beiläufige Auseinandersetzungen.

Die Wirkung der deutschen Gegenvorschläge ist also überaus verschieden von der Absicht, mit der sie aufgestellt und vorgetragen wurden. Es ist heute nicht an der Zeit, darüber zu sprechen, an wen und woran das liegt. Herr Dr. Simons ist nach London gegangen mit dem persönlichen Vertrauen fast aller Parteien des Reichstages und mit einem großen politischen Blanko-Kredit. Er wird keine Aufgabe darin erblicken müssen, das Vertrauen zu rechtfertigen, in dem er den feindlichen Staatsmännern und Völkern die richtige Auffassung von den Absichten der deutschen Parteien gibt, die das Gefühl der Verantwortung in sich haben. Mißverständnisse dürfen keine Weltkriege heranzuführen.

Die Nachmittagsitzung der Alliierten.

Havas meldet: Das Hauptergebnis der Nachmittagsitzung der alliierten Vertreter ist der einstimmige Beschluß gewesen, keine weiteren Darlegungen der Deutschen über ihre Gegenvorschläge anzunehmen, die einstimmig als unannehmbar und sogar un diskutabel erachtet worden sind.

Bei Beginn der Sitzung gaben Loucheur, Jaspard und Llanis eine gedrängte Kritik der deutschen Gegenvorschläge. Sie erklärten, die vorgeschlagene Entschädigungssumme betrage nicht mehr als 32 Milliarden Goldmark. Da die Deutschen von der Summe von 30 Milliarden, die sie noch zahlen wollten, 8 Milliarden vermittle einer Anleihe ausbringen wollten, würde dies die Belastung Deutschlands noch bedeutend verringern. Als Zusatz hätten die Deutschen 8 Prozent angenommen, weil dies für ihre Berechnung vorteilhafter sei als einer von 5 Prozent. Nach an der Ablehnung der bereits geleisteten Zahlungen über die Finanziere Kritik. Besonders hätten die Deutschen den Wert der ausgelieferten Goldschätze auf 7 Milliarden Mark angegeben, während die Summe nach allierter Schätzung nur 200 Millionen Mark (!) betrage. Die Vorschläge über die internationalen Anleihe beschneideten die Redner als übertrieben günstig für Deutschland wegen der an diese Anleihe geknüpften Bedingungen. Die an letzter Stelle angeführten Bedingungen, besonders über Oberbefehligen, seien eine unannehmliche Belastung des Friedensvertrages, ohne die Vorschläge auf Lösung in

Natura. Infolgedessen beschlossen die Alliierten, über den deutschen Plan nicht weiter zu beraten. — Am Mittwoch morgen traten die militärischen und juristischen Sachverständigen zusammen.

Die Entscheidungstunde

schlägt heute, Donnerstag, mittag um 12 Uhr. Die Konferenz hat beschlossen, um diese Zeit die deutsche Delegation zu laden und die Entscheidung der Alliierten in Form eines Ultimatum entgegenzunehmen. Nach den zur Stunde vorliegenden Berichten wird sie für Deutschland verhängnisvoll sein.

Gofortiger militärischer Vorstoß?

Brland hat an Leon Bourgeois in dessen Eigenschaft als Präsident des Völkerbundes folgendes Telegramm gerichtet:

„Lond George hat sich mit der Aufsicht des französischen Ministerpräsidenten und anderer alliierter Delegierten einverstanden erklärt und formell die Notwendigkeit sofortiger militärischer Maßnahmen gegen Deutschland anerkannt.“

Reuter meldet: Zwei Streitfragen beherrschen im Augenblick die Lage: erstens, ob die Lösung der ersten Fragen in die Hände des Marschalls Foch gelegt werden soll und zweitens, ob Deutschland vielleicht im letzten Augenblick keine Haltung ändern wird. Verschiedene juristisch Sachverständige sind der Meinung, daß Zwangsmaßnahmen auf Grund des Versailler Friedensvertrages vor dem 1. Mai unmöglich sind. Derartige Zwangsmaßnahmen vor dem 1. Mai würden einen Bruch des Versailler Vertrags bedeuten.

Die Zwangsmaßnahmen.

Die Teleunion meldet aus London: Die Alliierten sind Mittwoch morgen zur Besprechung der Zwangsmaßnahmen zusammengetreten, die im Falle einer Ablehnung der Pariser Vorschläge seitens der Deutschen ergriffen werden sollen. In erster Linie ist untersucht worden, ob der Weg, den die Deutschen eingeschlagen haben, juristisch einer Verletzung des Versailler Vertrages gleichzustellen ist und ob die Alliierten berechtigt sind, die in Aussicht genommenen Zwangsmaßnahmen in Kraft treten zu lassen. Wie verlautet, sind diese beiden Fragen besetzt worden. Infolgedessen hat sich die Konferenz weiter mit den Berichten Loucheurs und der wirtschaftlichen Sachverständigen sowie der Marschälle Foch und Wilson und der anderen militärischen Sachverständigen, in denen die Möglichkeit der Strafmaßnahmen, für die sich die Alliierten entscheiden können, dargelegt wurden. Wie aus gut unterrichteter Quelle verlautet, wird man sich wahrscheinlich für die Befreiung bestimmter Industriezweige und die Errichtung eines alliierten Zollsystems am Rhein entscheiden. Die Alliierten werden die Besprechungen über diese Angelegenheit abends fortsetzen und man erwartet, daß den Deutschen am Donnerstag mitgeteilt wird, welche Maßnahmen ergriffen werden sollen, falls sie ihre Haltung nicht ändern.

Reuter erzählt aus französischen Kreisen, daß folgende Sanktionen angedacht werden sollen, falls Deutschland die Forderungen der Alliierten zurückweist: Erhebung einer Zwangssteuer über alle deutsche nach alliierten Ländern eingeführte Waren, Errichtung einer Zollbarriere, die das linke Rheintal wirtschaftlich vom übrigen Deutschland trennt, Befreiung der deutschen Kohlenwerke auf dem rechten Rheintal und schließlich als letztes Mittel Beschlagnahme der deutschen Zölle.

Eine Denkschrift der Deutschen Arbeiter.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund richtet an die Regierungen und die Völker der Entente Länder eine Denkschrift, in der er vom Standpunkt der deutschen Arbeiterklasse den Nachweis führt, daß die Leistungen, die die Pariser Beschlüsse verlangen, unmöglich zu erfüllen sind. Die ausführlich begründete Denkschrift weist darauf hin, daß die Pariser Beschlüsse von der irrigen Voraussetzung ausgehen, das deutsche Wirtschaftswesen laufe bereits wieder in normalen Bahnen, und die deutsche Arbeiterklasse befinde sich wieder in Verhältnissen, die von denen vor dem Kriege sich nicht mehr wesentlich unterscheiden. Diese Annahme ist unzutreffend. Englische Fachgelehrte schätzen die Einbuße, die die deutsche Arbeiterklasse durch die Hungerblockade erlitten hat, auf dreißig Prozent. Daß in Deutschland die große Masse des Volkes unterernährt ist, legt die Denkschrift an der Hand einer Statistik dar, die das Ergebnis einer im Dezember 1920 vom Gewerkschaftsbund unter mehr als zwei Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen veranstalteten Enquete ist. Danach beträgt im Gesamtdurchschnitt die tatsächliche Lohnleistung gegenüber dem Jahre 1914 das Achtfache, während die Kosten des notwendigen Lebensunterhalts seit 1914 auf das Fünffache gestiegen sind. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter vor dem Kriege keineswegs eine luxuriöse, sondern nur allgemein menschliche war. Die Arbeiterklasse ist in Deutschland einer Umformung ausgesetzt, wie es nie zuvor dagewesen ist. Die deutsche Arbeiterklasse lehnt die Pariser Beschlüsse ab, nicht nur weil sie unerfüllbar sind, sondern auch weil sie ihrer letzten Weiterentwicklung nach gleichbedeutend sind mit der Einführung der Sklaverei in Deutschland. Die Einführung von den Entente-Mächten Forderungen, welche auch die Lohn der Arbeiter in allen Ländern auf das Fünffache erhöhen und zu sichern. Die bisherigen sozialen Grundgesetze müssen sich schließend zurückgeben werden, wenn es sich um solche Forderungen handelt, die die Arbeiterklasse zu erfüllen und zu zahlen auf die Lage der Arbeiterklasse in der ganzen Welt zurückzuführen. Man einem großen Teil die Forderungen nicht zu unterwerfen, wenn es sich nicht um ein Verbot handelt, kann man das zur Forderung der sozialen Demokratie bei dem nächsten Jahr durch die Einführung gesetzlicher Bestimmungen nicht werden. Die deutschen Arbeiter wissen, daß sie lieber und besser in der nächsten Zukunft arbeiten müssen, aber sie wollen doch die Forderungen haben, daß es ihren Kindern nicht wieder ergehen soll. Die deutsche Arbeiterklasse will sich mit 22 Jahren Arbeit im Weltkrieg, während der Weltbevölkerung — aber sie verlangen nach dem Leben.

Antwort auf den Gewerkschaftsprotest.

Auf den Protest der Reichstagsfraktion der Gewerkschaften gegen die Denkschrift überlegten die Regierungen unter dem Vorwand, in einem Parlament zu diskutieren, diesen Protest zu erörtern. Es wäre nicht nur ein Verstoß gegen die Grundsätze der Demokratie, sondern auch ein Verstoß gegen die Grundsätze der parlamentarischen Demokratie, wenn man einem großen Teil der Forderungen nicht zu unterwerfen, wenn es sich nicht um ein Verbot handelt, kann man das zur Forderung der sozialen Demokratie bei dem nächsten Jahr durch die Einführung gesetzlicher Bestimmungen nicht werden. Die deutschen Arbeiter wissen, daß sie lieber und besser in der nächsten Zukunft arbeiten müssen, aber sie wollen doch die Forderungen haben, daß es ihren Kindern nicht wieder ergehen soll. Die deutsche Arbeiterklasse will sich mit 22 Jahren Arbeit im Weltkrieg, während der Weltbevölkerung — aber sie verlangen nach dem Leben.

Entscheidungsfindung in der Arbeiterbewegung.

Die Arbeiterbewegung ist heute in einer Phase der Umgestaltung begriffen. Die Arbeiterklasse hat sich von der passiven Rolle, die sie im ersten Weltkrieg spielte, gelöst und ist zu einer aktiven Rolle übergegangen. Die Arbeiterbewegung ist heute in einer Phase der Umgestaltung begriffen. Die Arbeiterklasse hat sich von der passiven Rolle, die sie im ersten Weltkrieg spielte, gelöst und ist zu einer aktiven Rolle übergegangen. Die Arbeiterbewegung ist heute in einer Phase der Umgestaltung begriffen. Die Arbeiterklasse hat sich von der passiven Rolle, die sie im ersten Weltkrieg spielte, gelöst und ist zu einer aktiven Rolle übergegangen.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag hat am 2. März 1921 eine Sitzung abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet.

Der Reichstag hat am 2. März 1921 eine Sitzung abgehalten. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet. Die Sitzung wurde von dem Reichspräsidenten eröffnet.

7. Sitzung. Berlin, 2. März.

Präsident Lübbe eröffnet die Sitzung kurz nach 1 1/2 Uhr mit folgender Ansprache:

Geehrte Damen und Herren! In einer andern Hauptstadt Europas fallen heute und morgen Entscheidungen, die von unabsehbarer Folge für unser Land und unsere Erbteil sein können. Der Reichstag ist im gegenwärtigen Augenblick noch nicht in der Lage, diese Entscheidungen zu nehmen. Die Regierung kann in dieser Stunde Entscheidungen über die Fragen bestimmen, die sich nicht lösen lassen. Aber unter dem Druck der ganzen Ereignisse, die auf uns lauern, werden wir veranlaßt, in die Entscheidung der parlamentarischen Verantwortung ein, immer in der Hoffnung, daß die kommenden Ereignisse unsere Hoffnungen nicht zunichte machen. Eingetragen ist der Entwurf des Reichswahlgesetzes für 1920. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Vorlage über die Wiedereinführung der Reichsversammlung und Reichsversammlungsgesetze.

Nach längerer Debatte wird für die Vorlage die Einbringung eines Gesetzesentwurfes von 21 Mitgliedern beschlossen. Es folgt die zweite Beratung des

Schleifensatzes zur Entlassung der Gerichte.

Die Herren Abgeordneten der Unabhängigen, der Sozialistischen Partei und der bürgerlichen Parteien vor. Herr Dr. Kellenfeld (US) beantragt die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts.

Herr Dr. Kellenfeld (US) beantragt die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts.

Herr Dr. Kellenfeld (US) beantragt die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts.

Herr Dr. Kellenfeld (US) beantragt die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts.

Herr Dr. Kellenfeld (US) beantragt die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts.

Herr Dr. Kellenfeld (US) beantragt die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts.

Herr Dr. Kellenfeld (US) beantragt die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts.

Herr Dr. Kellenfeld (US) beantragt die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts.

Herr Dr. Kellenfeld (US) beantragt die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts.

Herr Dr. Kellenfeld (US) beantragt die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts.

Herr Dr. Kellenfeld (US) beantragt die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts.

Herr Dr. Kellenfeld (US) beantragt die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts. Die Unabhängigen der Sozialistischen Partei beantragen die Entlassung der Richter des Reichsgerichts.

Der Gesetzentwurf über die erhöhte Anrechnung der während des Krieges zurückgelegten Dienstzeit wird ohne Debatte an Hauptauschuss überwiesen.

Politische Rundschau. Deutschland.

Zur Regierungsbildung in Preußen.

Die erste interfraktionelle Sitzung der bisherigen Koalitionsparteien — Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten — dürfte voraussichtlich am 7. März stattfinden, um über die Frage der Regierungsbildung einen Meinungsaustausch zwischen den Parteien herbeizuführen. Daraus geht hervor, daß alle Preussischen Parteien über die Regierungsbildung, die seither erfolglos waren als Kombinationen. Nach wie vor steht innerhalb der Sozialdemokratie auf dem Standpunkt, daß die Erweiterung der Koalition nach rechts nicht in Frage kommen kann, da durch das Wahlergebnis die Politik der alten Koalition gut geheißener wurde.

Für 26 Milliarden Friedensvertragsleistungen werden in den Haushalt für 1921 für die Ausführung des Friedensvertrages eingestellt werden müssen. Davon entfallen auf die Kosten des Besatzungsheeres allein weit über 7 Milliarden Mark. Die Kosten für die Lieferung von Lebensmitteln an die Entente werden mit mindestens 3 Milliarden Mark veranschlagt. Die Wiedergutmachungsleistungen durch Lieferung von Kohle, Koks, Stickstoff, Benzol, Teer, Farbstoffen und Chemikalien und ferner die Leistungen an dem Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete werden mit über 8 1/2 Milliarden Mark in Ansatz gebracht werden.

Zahlungsunfähigkeit einer Stadtgemeinde.

Als erste deutsche Stadtgemeinde erklärte sich die Stadt Lößnitz bei Halle zahlungsunfähig. Der Magistrat, bei der Veranlagung einzelner Gläubiger persönliche Haftpflicht befürchtete, stellte sämtliche Zahlungen ein, auch die Lohnzahlungen an seine Arbeiter und Angestellten, da die Stadt keinen Forderungsbetrag von 200 000 Mark aufweist und die kommunalistische Mehrheit Deckung durch Steuern grundsätzlich verweigert.

Koste und Defer zur preussischen Regierungsbildung.

Im „Acht-Uhr-Abendblatt“ empfiehlt Gustav Koste die Bildung der neuen Regierung in Preußen unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei. Grund: die Gleichartigkeit der Regierung mit der Reichsregierung. Im „Berliner Tageblatt“ hingegen wird die demokratische Minister Defer dar, daß die Beziehungen zwischen Reichsregierung und preussischer Regierung stärkere waren, als sie beide ganz gleichmäßig aus denselben Parteien zusammengesetzt waren. Jeder Mensch kann bestätigen, daß die preussische und die Reichsregierung im Sommer 1919 schwersten Konflikt wegen der Reichsverfassung und der Unterzeichnung des Versailler Friedens trafen, obwohl hier wie bei Sozialdemokraten und Zentrum die ausschlaggebende Rolle spielten. Die Beziehungen Preußens zum Reich hängen nicht von der jeweiligen Parteienkonstellation ab; der Gegensatz wird vielmehr bestehen, bis der Einheitsstaat weiter fortgeschritten ist. Das Tempo dieses Fortschrittes hängt leider nicht von Preußen, sondern von Süddeutschland ab. Die Beschlüsse aus den Parteikonventionen lassen inwischen erkennen, daß Koste sich in dieser Frage von der ganzen übrigen Partei getrennt hat. Vom Rhein nach Schießen gehen die einmütigen Entschlüsse dahin, jede Verbindung mit der Stinnes-Partei abzulehnen und wenn möglich die alte Koalition anfrecht zu erhalten; wenn nicht die bürgerlichen Parteien die Bildung der Regierung zu ermöglichen. Wir sind gewiß, daß auch die sozialdemokratische Fraktion entscheiden wird.

Ein lappinischer Landgerichtspräsident.

Aus Gera (Neuß) wird folgende Entscheidung des Landgerichts Gera bekannt, die Anspruch auf allgemeines Zutrittsrecht hat. Bei Ausbruch des Rapp-Putsch hatte sich der damalige Landgerichtspräsident Dr. Schuhmann in Gera der Rapp-Regierung in Neuß als Justizminister zur Verfügung gestellt. Er wurde dann in eine Untersuchung verwickelt und die Landesregierung in Neuß ließ die Gehaltszahlung an den ehemaligen Präsidenten des Landgerichts in Gera einstellen. Er ergab er Klage gegen den neußischen Staatsfiskus auf Herausgabe des Gehaltes und Anerkennung der übrigen Ansprüche aus seinem Dienstverhältnis. Das Landgericht Gera hat je diesen Anspruch abgewiesen. Es wurde dabei angenommen, daß der Kläger, als er sein Amt verließ und zur Rapp-Regierung übertrat, damit zugleich zum Ausdruck gebracht hat, daß seine Ansprüche aus seinem ehemaligen Dienstverhältnis erloschen seien, da er mit dem eigenmächtigen Austritt den Reichsdienst verlassen hatte, auf dem sich sonst sein Anspruch aus seinem Dienstverhältnis aufgebaut haben würde. Daß ein hoher Justizbeamter zunächst an einer Bewegung zum gewalttätigen Sturz der Landesregierung teilnimmt, darf aber, nachdem dieser Plan mißglückt ist, gegen die Regierung, die er gewalttätig stürzen wollte, sein Gehalt friedlich einfordern, gehört wie das R. I. mit Recht bemerkt, zu jenen Tugenden der Gemüthsstärke, die den deutschen Staatsverwaltungen einen gewissen humanitären Anstrich geben.

Reine politische Nachrichten.

Aus Helsingfors wird gemeldet, daß es der Sowjetregierung gelungen sei, den Aufstand in Petersburg zu unterdrücken. Es wurden Fronttruppen eingesetzt. — In die „Kremlin“ tritt die Regierung einer gegenbolschewistischen Studentenvereinsbewegung auf die Spur gekommen. In Charkow, Kiew, Moskau und Petersburg wurden 214 Studenten verhaftet.

Der Kongress des italienischen Arbeiterverbandes des C. G. I. hat einen Antrag, der den derzeitigen Führern des Verbandes das Vertrauen ausdrückt, mit großer Mehrheit angenommen und einen kommunikativen Gegenantrag abgelehnt. Die britische Seemannsbehörde in Köln hat die Entlassung von 2000 Internierten und Mannschaften beschlossen innerhalb dreier Monate, ferner von 500 Mannschaften die Interniertenfamilien in wässrigen Häusern bis Ende Oktober 1921 verlegt, außerdem würde zur Rückführung eines Hunderttausend beschlossen werden.

Frankreich.

Gegen den Volksherrn.

Der Verbandsrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C. G. T.) hat eine Sitzung abgehalten und nach der Verhandlung der Tagesordnung, die in den nächsten Tagen abgehalten werden soll, ein einstimmig beschlossenes Resolutionsstück, die Tagesordnung, die die folgenden Punkte gegenüber dem

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei

e. G. m. b. H.

Aktiva. Bilanz pro 31. Dezember 1920. Passiva.

Aktiva		Passiva	
Nr.	4	Nr.	4
In Grundstücks-Konto Johannisstraße 46/52	310562	82	23780
Grundstücks-Konto Töpferweg 65	97675	80	94070
do. Lindenstr. 71/73	46196	89	66788
Dampfmaschinen-Konto	1	84	64551
Sieb- und Siebmachmaschinen-Konto	1	87	61429
Inventory-Konto	1	92	51298
Motor- und Reibmaschinen-Konto	1	188000	—
Bier- und Wagen-Konto	1	26700	—
Reinigungsmaschinen-Konto	1	978125	—
Kassa-Konto	5310	12	4732
Giro-Konto	204271	93	9192
Depositen-Konto	1150	—	25000
Großhandels-Gesellschafts-Konto	12909	10	17000
Bankfaktoren-Konto	1007447	76	—
Verlags-Gesellschafts-Konto	10179	91	—
Erbschaft-Konto	150000	—	—
Verkaufserlöse-Konto	2500	—	—
Lübecker Genossenschafts-Bäckerei	2500	—	—
Spezial-Obligationen-Konto d. G. G.	20000	—	—
Spezial-Obligationen-Konto d. G. G.	20000	—	—
Waren-Konto	38290	10	—
Zusammen	1957100	23	1957100

Am 1. Januar 1921 waren die Mittelbestände 1897... Bilanz pro 31. Dezember 1920... Bilanz pro 31. Dezember 1920... Bilanz pro 31. Dezember 1920...

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.

Der Vorstand: J. Böger, J. Koppshagen, E. Sandgaard, Der Aufsichtsrat: Paul Löwig, L. Beck, C. Rasmann, I. Rader, E. Rasmann, 14451

Best. Eintommensteuer.

Steuerpflichtige... Das Finanzamt.

Bekanntmachung.

Das Finanzamt.

Bekanntmachung.

Das Polizeiamt.

Bekanntmachung.

Das Polizeiamt.

Nachzahlung auf Grundsteuer.

Das Polizeiamt.

Neu eingetroffen: Eine Ladung

Islander Kiefern-Zeltheringe... Ludw. Hartwig, Die vorzüglichste Bezugsquelle z. d. Obertrave

Bekanntmachung.

Das Polizeiamt.

Schelm & Wege, Meng-

Samenhandlung. Schelm & Wege, Straße 10.

Bekanntmachung.

Das Polizeiamt.

Koloosseum.

Samstag, den 5. März 1921: Letzter großer Volksmaskenball. Konzerthaus Lübeck. Sonntag, 6. März: Gr. Musik. Karneval.

Lassen Sie sich nicht beirren!

Nach den Urteilen des Publikums sind die Würst-waren-Fabrikate der

Feinkost G. m. b. H.

die Besten, denn sie sind dem vermögnehmsten Geschmack angepasst und in vorzüglicher und einwandfreier Qualität aus nur stets frischstem Material hergestellt. Unsere Fabrikate werden in nachstehenden Niederlagen geführt und bitten wir das verehrliche Publikum von Lübeck und Umgegend, nur „Feinkost“-Fabrikate zu verlangen und darauf zu achten, daß ihm keine minderwertige Ware verabfolgt wird.

Ältere Stadt:
 Frau Wwe. Krogmann, Alst. 32.
 R. Wulf, Südr. 40.
 L. Buck, Breite Straße 86.
 Fr. Henningsen, Mühlenstr. 38.
 W. Korf, Gr. Burgstr. 18.
 Seyler, Südr. 119.
 G. Frost, Rolenstr. 2.
 W. H. Meiners, Gg. Lohbg. 50.
 Fr. Both, Fünfbau 22.
 Franz Wierenty, Schwedenerquers. 28.
 Hase, Markthallenhand 26.
 Vick, Untertrave 68.

Südtor:
 Sager, Berceallstr. 21.
 A. J. H. Fick, Watentstr. 7.
 Höfke, Blankstraße 14 a.
 Mühlenstr. 12.
 Borgwardt, Atonstr. Allee 29.
 Koeppke, Alst. 12.
 Johs. Schwabroch Nchf., Weisl. Allee 69/83a.
 Kähler, Dornestr. 5.
 H. Karnatz, Weisl. Allee 2.
 Ch. Meyer, Hanstr. 111.
 Sick, Friedenstr. 92.
 Franz Schult, Stein. Weg 22.
 Willy Kramer, Schwart. Al. 4.
 Niels Jensen, Martenstr. 6.
 Teidelbaum, Schwart. Al. 99.

Wurst- u. Fleischw.-Fabrik. Alst. 32. Fernspr. 9037.

„Feinkost“-Margarine

ist die beste

fe wird nur in den Niederlagen der „Feinkost“ G. m. b. H. geführt und ist dort zu nachstehenden Preisen stets ganz frisch zu haben. (14458)

Margarine Marke Feinkost 1/2 = 12,40 M.
 „ „ „ „ 1/2 = 12,00 M.

Für Meiereibutter in „Feinkost“ der beste Ersatz.
Feinkost G. m. b. H.
 Wurst- u. Fleischwaren-Fabrik,
 Alst. 32. Fernsprecher 9037.

Bestes Schmalz 10,00 M.
 Gr. süße Blumen 4,60 M.
 Bruch-Reis 2,80 M.
 Boll-Reis 3,00 M.
 Rosinen 3/4 3,50 M.
 Zitronen 9,00 M.

K. Grube
 Reusefeld, Lindenstraße 14.

Pa. Wb. Schweineschmalz 12,00 M.
 Süß. 12,00 M.
 Große Margarine 11,50 M. und 13,00 M.
 Heinrich Vorrath, Alst. 43.

Waffenhof.

Freitag und Sonntag: Tanz. (14438)
 Samstag, den 5. März: Großer Lumpenball.

Stadthallen-Sichtspiele

Donnerstag vom 4.-10. März 1921.
 Die zweite **Film-Operette** in 5 Akten
„Wenn die Liebe nicht wäre“
 mit Lutz Wolkenstein, Henry Bender, Paul Westphal.
Gehsucht. mit Konrad Valtz. (14426)

Hansa-Theater

Heute u. Sonnabend 7 1/2 Uhr: **Scäulein Bud.**
 Freitag 7 1/2 Uhr (Ab. Serie 1): Der große Zirkuspielerfolg **Die Jugendpächter.** (14429)
 Stadtheater Lübeck: Donnerstag, 3. März, 8 Uhr: Die große Oper **Die Schöne Widmung.** (14427)
 Freitag, 4. März, 8 Uhr: Die große Oper **Die Schöne Widmung.** (14427)
 Samstag, 5. März, 8 Uhr: Die große Oper **Die Schöne Widmung.** (14427)
 Sonntag, 6. März, 8 Uhr: Die große Oper **Die Schöne Widmung.** (14427)

Unpolitische Reichswehr?

Im Wehrausschuß des Reichstages wurde der des Wehrgelehrten, der den Angehörigen der Wehr innerhalb des Dienstbereiches politische Betätigung sowie die Teilnahme an politischen Versammlungen verbietet. Die Schöpferin wies darauf hin, daß diese Bestimmung gerechtfertigt ist. Soldaten im alten Sinne gibt es nicht mehr, die Männer könne man nicht verbieten, sich in Versammlungen politisch zu informieren. Die Behauptung, daß die Disziplin untergraben werde, wenn politische Betätigung zugelassen sei, behauptete Schöpferin mit Recht als Vorwand. — Die Reichsparteien ihren Generäle vor, v. Schöckh, v. Gallwitz usw. Diesen in Gamagantöpfen ist natürlich ein politisch denkender Soldat etwas Undenkbares. Ihr Ideal sind offenbar Leute vom Schlage der stumpfsinnigen Prügelhelden des Breslauer Freikorps Aulod, die Kapp für einen Bolschewiken gelten haben. Aber auch der Demokrat Haas konnte sich nicht Ablehnung des § 34 entschließen. Erst recht verteidigte diesen Reichswehrminister Gehler. Er erklärte, wenn politische Betätigung in der Reichswehr zugelassen wäre, so würde es bald kommen, daß die Politik der Regierung von der Reichswehr her würde. Herr Gehler will eben nicht begreifen, daß die Politik nur verstanden wird für die Kaserne und nicht für das Volk. Insofern hat der Unabhängige Kühn vollkommen recht mit der Behauptung, daß die Offiziere trotz des § 34 in Truppe im reaktionären Sinne beeinflussen werden. — Wie das unter „nationalem“ Deckmantel gemacht ist, ist bekannt. Man hält einfach eine deutschnationale Partei und läßt bei „deutschnational“ das „deutsch“ weg. Dann ist Rede unpolitisch! — Schließlich wurde § 34 von der Mehrheit der Reichsversammlung angenommen. Ferner wurde angenommen der Antrag des Genossen Kadbruch, wonach sich die Ausbildung der Soldaten auch auf ihre staatsbürgerlichen und völkerverständlichen Verpflichtungen in Krieg und Frieden beziehen soll. Mit knapper Mehrheit wurde ein Antrag Dr. Helsenfeld (Unabh.) angenommen, wonach die Soldaten das Wahlrecht haben sollten, nach freier Wahl Zeitungen zu halten. Beiden Beschlüssen waren die Demokraten Dr. Haas und Reichswehrminister Gehler auch gegen diesen Antrag aufgetreten. Der Reichsminister Gehler der Wahrheit zuwider behauptete, der Zeitungsfrage würde liberal vorgegangen. Wie sehr in der Beziehung liberal vorgegangen wird, zeigt auch das wieder Beispiel. Der Volksbote wird z. B. in der Kaserne den Mannschaften nur zugänglich gemacht, in „nichts Anstößiges“ darin enthalten ist.

nie an der Jelle Harbichs gewesen und habe ihm auch keine 200 Mark versprochen. Ueber die Herkunft der 2000 Mark will er keine Aussage machen, um nicht die W. R. P. D. zu belasten. Außerdem sagt auf Befragen weiter, daß in der Leitung der W. R. P. D. einer Mitteilung der Partei, Däumig, Scholz und Steinmetz geflossen hätten. Der Vorsitzende teilt mit, daß die Akten gegen Hauptmann Pfeffer und vom Waldenburger Orgeß-Verfahren vorliegen. Im ersten Fall handelt es sich um ein schwebendes Verfahren, sie könnten daher nicht verlesen werden, und auch im zweiten Falle ist noch kein schriftliches Urteil ergangen. In den Akten des Stahlfurter Kommunistenprozesses sei keinerlei Material gefunden worden, das mit dem Klingmüller'schen Material Ähnlichkeit habe. Außerdem erklärt sodann, er habe 500 Mk. Unterstützungsgeld durch den Hauptkassierer der W. R. P. D. in Dortmund, Holmer, erhalten, damit er verschwinde und in dem Prozeß nicht als Zeuge auftrete. Die restlichen 1500 Mark bezeichnet er als Erlös aus verschiedenen Möbelverkäufen. Der Zeuge gibt auf Befragen des Rechtsanwalts Wolff überaus stark Antwort und wirft ihm als Mitglied der U. S. P. vor, er wolle die W. R. P. D. bloßstellen. Dr. Wolff begründet sodann noch weitere Beweisangebote, so daß das Gericht über mehr als 50 Anträge Beschluß zu fassen hat. Die Verteidigung beantragt u. a. den Reichsminister Simons als Zeugen dafür, daß der Reichsregierung der Antrag gemacht worden ist, mit der in Bayern vorhandenen, nicht aufgelösten Orgeß einen Rechtsputz zu machen, wenn die Londoner Verhandlungen es erfordern sollten. Der Staatsanwalt kündigt an, daß er, wenn das Gericht die Anträge über die Orgeß annehmen sollte, nicht nur Polizeibeamte, sondern auch Mitglieder der U. S. P. und der K. P. D. als Zeugen dafür beantragen müsse, daß die W. R. P. D. die bisherigen Klüppel zum Zwecke des Angriffs betreibe. Das Gericht lehnt bis auf einen sämtliche Beweisangebote ab. Das Gericht nimmt als erwiesen an, daß von rechts und links gespielt wurde.

Die Breslauer Menschenhändler.

In der Dienstagnummer gaben wir einen kurzen Bericht über die Mißhandlungen, die Angehörige des Freikorps Aulod an wehrlosen Zivilpersonen beim Kapp-Putsch verübten. Diese Mißhandlungen zeigen deutlich, welcher Rohheit die allpreußischen Kommissäre fähig sind und wie die Ordnung der Sicherheit ausheben würde, wenn es diesen Subjekten jemals gelingen sollte, auf einige Zeit die Oberhand zu gewinnen. Die deutschnationale Presse, an ihrer Spitze die „Lübecker Anzeiger“ beschwert sich immer über den Ton in sozialdemokratischen Blättern, über die schamlosen Taten der Militärschwelger, die sich mit Rücksicht auf die gute Erziehung oder wohlweislich aus. Die Verhandlungen in Breslau müssen der Bevölkerung wieder einmal das Gewissen werden, damit sie sich der „guten alten Zeiten“ erinnert, wo der Kommissar das ganze Volk knechtete und Kruppel unterdrückte. Für diese Art Erziehung behauptet sich das deutsche Volk für immer und ewig. Aus dem Bericht der Verhandlung sei noch etwas nachzutragen: Viele von den Gefangenen füllten infolge der Schläge zu Boden und blieben bewußtlos liegen, was jedoch die Peiniger nicht hinderte, ihre Mißhandlungen fortzusetzen. In diesen Fällen wurden die Gefangenen wieder aufgerichtet und weiter gefoltert, bis sie von neuem schamlos hinfielen. Selbst Leute, deren Verletzungen bereits durch Sanitätsmännchen verbunden worden waren, sind nach ihrer Rückkehr in den Gefangenenraum weiter mit Schlägen bearbeitet worden. Weithin waren die Schreie der Mißhandelten vernehmbar. Die Mißhandlungen wurden von den bei den „Preußen“ üblichen toten Bemerkungen und höhnischen Redensarten begleitet. Um besser schlagen zu können, wurden die Köpfe ausgezogen und die Armeelied gesungen. Der Angeklagte Oberjäger Bischof hat sich damit gerühmt, daß er „am meisten zu tun habe“ und zu seinen Kameraden sagte er: „Der Kerl ist ja schlapp, immer fesse! Ich muß ja ganz allein arbeiten.“ Öfters sagte dieser Angeklagte: „Schlagt den Kerl tot! Er darf nicht mehr lebend herauskommen. Schmeißt ihn zum Fenster hinaus.“ Auch Ankerle Bischof zu den Einzelheiten: „Ich kommt jetzt in die Schule, in die Kollertammer.“

Ihr müßt Bildung genießen, ich werde Euch Bildung beibringen.“ Der Angeklagte Offiziersstellvertreter Wastte begann seine Quälereien häufig mit den Worten: „Ich werde dich etwas dressieren.“

So sieht die Erziehung zur Ordnung bei dem mißfälligen Pakt aus. Werden diese Burken gefaßt, dann erlebt man auch heute noch das Schauspiel, wie wir es bei den unzähligen Soldatenmißhandlungsprozessen unter wilhelminischer Herrschaft gesehen haben. Der „Heldenmut“ verkleidet sich und der gewöhnliche Lärm von Leugner tritt in die Erscheinung. Das erleben wir jetzt auch in Breslau. Der Offiziersstellvertreter Walter bestreitet jede Schuld. Er habe keinen der Eingekerkerten mißhandelt und habe auch nie derartige Befehle erteilt. Beszlop, der als Hauptschuldiger bezeichnet wird, bestreitet ebenfalls, sich an eingekerkerten Zivilpersonen vergangen zu haben. Er halte den Untersuchungsrichter für einen linksstehenden Mann, der die Untersuchung einseitig geführt habe. Brestle, der Ordnungswächter tat, befindet, daß nach seinem Wissen die eingekerkerten Leute von den Patrouillen mißhandelt worden seien. Auch er will dafür gelogt haben, daß die Gefangenen Erleichterungen während der Gefangenschaft gehabt hätten. Von wo das Wort Kollertammer hergekommen sei, weiß er nicht. Das Bild, das die Zeugnisaussagen im Prozeß gegen die Kapp-Truppen entwerfen, wird immer grauenvoller. Die unmensliche Behandlung durch die Kapp-Soldaten ist fast ungläublich. Selbst Offiziere des Freikorps Aulod und der Marinebrigade haben an diesen Mißhandlungen teilgenommen. Eigenartigweise sitzen sie aber nicht auf der Anklagebank, obgleich von dem einen Zeugen wiederholt der Name eines Oberleutnants Schmidt im Zusammenhang mit Mißhandlungen und verurteilter Erpressung eines Geständnisses genannt wurde. Als der eine Zeuge, der angeblich einen Offizier erschossen haben sollte, erklärte, er hätte ja zu dieser Zeit gearbeitet, man würde doch bei seiner Arbeitsstelle anfragen, und dabei eine falsche Firma angab, erklärte man ihm: „Mit den Leuten verhandeln wir nicht!“ Tatsächlich hat man sich auch weiter nicht erkundigt, sondern den völlig unschuldigen Gefangenen wieder Viehisch gequält und geschlagen. Bezeichnend ist, daß der Angeklagte Walter auslachte, da jeder Führer des Freikorps, Oberleutnant v. Aulod, die Mißhandlungen und das Schreien der Geschlagenen gehört haben müsse, da kein Zimmer dicht neben dem Korridor lag, auf dem die Gefangenen gelassen wurden. Alle Verhafteten wurden mit dem Tode des Erstickens bedroht, und es ist anzunehmen, daß dieselben in diesen Tagen verhungerten Leute von ihnen hingemordet worden sind. Einer der Zeugen sagte aus, daß einem mit ihm zusammen verhafteten Radfahrer ein Patrouillenschütze sagte: „Du, dein Rad kann ich gerade gut gebrauchen, du wirst doch an die Wand gestellt und braucht voran keines mehr.“ Und später, so behauptet der Zeuge, hätte er eben diesen Radfahrer blutüberströmt und tot im Generalkommando liegen gesehen. Die eingelieferten Gefangenen wurden gefragt, ob sie Kriegsverbrechen seien, und als der eine dies bejahte und auf eine Wunde am Hinterkopf wies, wurde er mit Gummiknüppeln gerade auf diese Wunde geschlagen.

Der gewissermaßen als Entlastungszeuge vernommene frühere Sanitätsarzt des Freikorps behauptet, von den Mißhandlungen nichts gewußt zu haben; allerdings habe er einmal einige Zivilpersonen verbunden gesehen. Insbesondere hat er bemerkt, daß nicht darum gekümmert, wobei die Verwundeten ihre Wunden heilten. Die Schützer der Truppe führt der Zeuge auf die „schamlose Weise, in der zwei linksstehende Breslauer Zeitungen anlässlich der Kapp-Revolution Aulod belächelt haben sollen“, zurück. Im Gegensatz hierzu hat die Tatsache, daß die Anzeiger überhaupt nichts von den politischen Vorgängen gewußt haben. Der Sanitätsarzt eines anderen Freikorps, der keineswegs zwei der Gefangenen verbunden hatte, muß heute seine ärztliche Tätigkeit zwar anerkennen, sucht aber die Verletzungen als weniger gefährlich hinzustellen. Seine Aussagen sind sehr vorläufig, da er sich auf Einzelheiten nicht mehr erinnern kann.

Wir können aus Raummanuel nicht alle Schrecklichkeiten anführen, die diese Burken begangen haben, und müssen uns im Verlauf des Prozesses auf das Wesentliche beschränken. Besonders ist es, daß die Verteidiger des Angeklagten, vornehmlich der Rechtsbeistand der Walter, anregen, den Unmenslichkeiten auf die Angeklagten anzuwenden. Das sollte gerade noch!

Rasseler Kommunistenprozess.

Bei Beginn der Verhandlung im Kommunistenprozess teilt Vorsitzende mit, seine Erhebungen hätten ergeben, die Beschlüsse, die das Klingmüller'sche Material beschlagnahmt haben, seien zwar nichts aus dem Material herausgenommen, es sei trotzdem nicht unmöglich, daß Material verschwunden ist, da durch sehr viele Hände gegangen ist. Als der Staatsanwalt beantragt, Aufderstraße nochmals Zeugen zu laden, protestiert die Verteidigung dagegen, denn sie ist unschuldig und habe im Schmerzensbedacht, Spittel zu sein. Der R. P. D. zu sein. Das Gerücht einer roten Armee sei aufgestellt worden. Er belastet die Angeklagten schwer. Der Aufsatz sei Programmpunkt. Man habe von Instandhaltung der Akten gesprochen, daß die jetzige Regierung beseitigt werden solle usw. Die Aufgabe der Zentrale sei gewesen, Reichswehr-Sipo mit kommunistischem Geist zu erfüllen. Führend seien der Militärberichterstattung Kaiser, Schorer und Harbich gewesen. Die Akten und Aufderstraße, einander gegenübergestellt, bleiben bei einander widersprechenden Behauptungen. Aufderstraße sei

Franzi und Heinz.

Die Geschichte zweier Wiener Kinder von Leopold Komperz.
Fortsetzung.
„Und nun dieser nehmen Sie an, Sie habe um alles gewußt, Sie mit ihm geteilt?“
„Geteilt? Mein Sohn hat nichts für sich behalten. Dafür ist ich ihn. Sie haben alles an sich gerissen, Mutter und Vater.“
„Woher wissen Sie das?“
„Er hat es selbst geurteilt. Als ich ihn vorgestern nach seiner Entbindung zum ersten Male zur Rede stellte, meinte er: „Franzi ist so schön! und der Schmutz kleidet sie so schön!“
„Und kein Benehmen bei diesem Gefändnisse? Zeigte er sich tödlich, reuevoll?“
„Reuevoll? — Er sagte auf alles, was ich ihm vorstellte, in den Worten nur das eine: Du hast mir ja selbst gekaut, es ist mir alles in der eisernen Kasse!“
„Sagten Sie ihm das wirklich?“
„Wie man schon mit Kindern spricht, denen man den Wert des Spielzeuges gerne einflößen möchte.“
„Und dennoch legen Sie so großes Gewicht auf dieses veraltete — Spielzeug?“
„Wo ein geistliches Spielzeug, wenn es so besser klingt.“
„Hören wir uns vor, Herr Komperz, Frau Wegener.“ sagte ich. „Sie sind wohlwollender Mensch. . . Wie gelangte der Knabe zur Bestie der Kasse?“
„Ich weiß es nicht. Darüber hält er seinen Mund. Was ich auch davon, wie er dazu gelangt ist?“
„Sagen Sie das nicht, Frau Wegener! Gerade dieser Punkt ist sehr wichtiger und wurde bei der Verteidigung Ihres Mannes.“
„Wer spricht von Verteidigung? Ich nicht! Ich nicht! Er verurteilt werden.“
„Und nochmals verurteilt ich auf dem Wege des Jurebens den unglücklichen Entschluß in dieser Frau zu erschüttern. Ich habe, der Gebodene, diese Mutter an der Seite ihres Sohnes, dem der Elterne unklarer grauer Haare erscheinen zu sehen, beugen ihn auszufragen und die Wucht des Straßenspatens auf das schuldige Haupt herabzurufen, hatte für mich selbst etwas schreckendes. Warum sie nicht, da ihr Kind ihr gegenüber sich nur Demut bezeugen wollte, und da sie auf das ihr ganz offene, das Recht zu verweigern scheine, es zur Umkehr zu bewegen, um sie nicht an eine Gasse zu werfen, die ihr doch so nahe ist? Warum sie nicht — wie andere es tun — den geistlichen Mann zum Schutze befragen habe?“
„Sie war ein eigenmächtig handelnder Mensch, den Sie nicht zuverläßig machen konnten, daß er sich nicht an die Gasse werfen würde.“

„Sie meinen, Herr Staatsanwalt,“ sagte sie langsam, als sie sich vollständig bewußt, daß sie ein jedes ihrer Worte auf die feinste Goldwaage legen müsse. „Sie meinen also, ich hätte die Kirche zu Hilfe rufen sollen?“
„Ja! denn ihr ist das Lehramt übertragen worden.“
„Sie blühte mich wieder eine geraume Weile an. Diesmal war jedoch ihr Bild mehr befremdet, als lebend, mehr fragen, als herausfordernd.“
„Die Kirche!“ sagte sie dann bedächtig, fast kühl, „die Kirche hat über die Kinder, über andere Kinder, keine Gewalt mehr.“
„Richt mehr? Wie wollen Sie das beweisen?“
„Beweisen? Als ob ich das beweisen könnte! Das fühlte ich durch mein Kind! Die Kirche hat keine Gewalt mehr! Und noch eines! Ich glaube, unsere Schule leidet es nicht.“
„Wollen Sie damit sagen, daß in unserer Schule nicht gelehrt wird, an die heiligen Gebote Gottes, wie sie das Evangelium lehrt, zu glauben?“
„Was weiß ich?“ sagte sie ausweichend, vielleicht ängstlich gemacht, durch die etwas scharfe Betonung meiner Worte. „Ich bin eine einseitige Frau, die von solchen Dingen nur wenig versteht. Lassen wir es dabei beruhen.“
„Aber Sie so sprach, Frau Wegener, Sie sind ein halbunterdrücktes Weinen durch ihre Stimme. War Franz Wegener körperlich ermüdet, oder war ein Herz ihrer Seele körperlich berührt worden? Oder endlich, war Sie an einem Punkt angelangt, wo Sie sich überlegen anfangen, ob Sie auch das Zweckmäßige getroffen?“
„Ich schmeig eine geraume Weile. Ich wollte mit keinem Worte in die Schwankungen ihrer gegenwärtigen Stimmung eingreifen. Ich dachte, ihr nächstes Wort werde die Festhaltung meines Gedankens sein.“
„Ich hatte mich geirrt.“
„Wären wir endlich fertig, Herr Staatsanwalt?“ fragte sie todmatt, den linken Arm krampfhaft um die Seitenschleife ihres Stuhles geklammert.
„Wir sind fertig, Frau Wegener.“ sagte ich. „Die Sache kann ihren Lauf nehmen!“
„Sie nicht doch mit dem Kopfe. Dann erhob sie sich mühsam. Es machte ein gewaltiger Kampf, der an ihrem Innern sichtbar war, aber nach außen zeigte sich im Wachen dieser Fortmatronen Frau vom „Anderer“ nur die Spur der Erleichterung.“
„Ich erhalte nun meinen Schriftführer, zur Verlesung des bishergehenden Protokolls ihrer Aussagen zu lesen. Er las es langsam und bedächtig, während jedem Satz eine Rubensart zu erkennen, als hätte er auch die Fähigkeit, ihr auch im letzten Augenblicke Zeit zur Umkehr zu lassen. Sie hörte den Gesagten jedoch gar nicht. Als Doktor Wegener begann zu Ende gekommen war, brachte sie sich an mich wendend: „Ist das nicht das Protokoll?“
„Ist das nicht das Protokoll?“

„Ich bemerkte hierauf, Sie müßte erst erklären, daß Sie mit dem Wortlaut des Protokolltextes einverstanden sei; Sie könne noch jetzt, wenn Sie irgend einen Ausbruch oder die richtige Wiedergabe einer Tatsache bemängeln, ihre Einwendung erheben. Statt jeder Antwort schüttelte sie dornelnd den Kopf.“
„Doktor Wegener reichte ihr nun dieselbe Feder, mit der er das Protokoll niedergeschrieben. Sie ergriff sie. . . In trügerischen Zügen stand ihre Unterschrift auf dem Papier. . . Ihre Hand hatte nicht gezittert.“
„Eines war dabei weder mir noch meinem Schriftführer entgangen.“
„Sie hatte mit geschlossenen Augen ihre Unterschrift selbst geschrieben.“
„Dann: blieb sie noch eine Weile, mit dem Rücken mir zugewandt, vor Doktor Wegener stehen, ihm ins Gesicht starrend, als hätte sie ihn erst in diesem Augenblicke erkannt, der doch schon seit mehr als einer Stunde in ihrem Gesichtsbereich stand.“
„Wie ist mir doch!“ sagte sie, indem sie mit der Hand über ihre Stirne fuhr, wenn ich Sie ansehe? Jetzt erst erinnere ich mich. Vor nicht langer Zeit habe ich in einem Buche gelesen und fand darin eine Stelle aus Ihren Glaubensschriften, Herr Doktor, die so recht auf meine Lage paßt. Diese Stelle muß unklar sein, so oft, daß danach das weisse Haar auf dem Kopfe der Heiligen noch blond scheint. . . Ja, ja, jetzt erinnere ich mich. Es ist die Rede davon, was Eltern tun sollen, wenn sie einen unehelichen Sohn haben, und das ist ein Vergeben ihres Gutes, ein Schenken. . . ein Dieb! Sie sind ein Schriftführer, Herr Doktor, gewiß. Sie sind es! — Ich es nicht, Sie ich es meine? Nur an die Worte kann ich mich nicht erinnern, der Sinn ist mir geblieben.“
„Doktor North Kollert, mein Rechtsanwältin, verstand sich wohl was Genußmüde beehrte. Er fühlte sich aus keiner Rücksicht der nicht furcht in den heiligen Büchern seines Glaubens und mußte sich selbst in ihnen, wenn es darauf ankam.“
„Eine Jüdin antwortete er: „Sie sollen ihn hinausführen vor die Tore keiner Stadt und sollen leben. Der unter Sohn ist ein unehelicher Sohn, es gehört nicht unter: Stimme. . . Sie sollen ihn führen vor die Richter der Stadt.“
„Vor die Richter keiner Stadt! Hören Sie, was Ihre heiligen Schriften lauten? Davon habe ich mich; denn Sie sind auch heilig für mich! Vor die Richter keiner Stadt! Nicht vor die Richter, nicht vor die Richter der Stadt!“
„So rief Frau Eugénie Wegener mit lauter Stimme, nicht ohne sich selbst triumphierend, und durch eine ungewöhnliche Bewegung überaus zu haben, sondern mit einer so schmerzlichen Inbrunst, als wäre man das Schwerte hinter ihr, als hätte es zu ihrer Rechtfertigung nur dieser Worte bedurft!“
„Und eines was zu großen, spritzte sie an uns vorüber zur Tür hinaus.“

